



Die Ursprünge der Donroe-Doktrin

Maximilian Guggenthaler vom Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) befasst sich während seiner Arbeit an der Professur für Internationale Politik und transatlantische Beziehungen in Regensburg intensiv mit der amerikanischen Politik. Die Entführung der venezolanischen Präsidenten Maduro bot Anlass, mit einer historischen Perspektive die Ereignisse einzuordnen.

Vor mehr als 200 Jahren war die Welt von tiefgreifenden Umbrüchen geprägt. Nach den Napoleonischen Kriegen wurden die Machtverhältnisse in Europa neu geordnet. Zugleich erkämpften sich zahlreiche Staaten Lateinamerikas ihre Unabhängigkeit von europäischen Kolonialmächten wie Spanien oder Portugal. Der allmähliche Rückzug dieser Mächte bedeutete keineswegs das Ende europäischer Ambitionen in der Region. Vielmehr versuchten andere europäische Staaten, ihren Einfluss dort auszuweiten. Dagegen wandte sich der fünfte Präsident der Vereinigten Staaten, James Monroe, im Jahr 1823. Solange Europa von neuen Interventionen auf dem amerikanischen Doppelkontinent absah und die Unabhängigkeit der dortigen Staaten respektierte, würden sich die USA nicht in europäische Angelegenheiten einmischen. Diese Erklärung entwickelte sich in der Folge zu einem Eckpfeiler der US-amerikanischen Außenpolitik – der Monroe-Doktrin.

Totgesagte Doktrin lebt wieder auf

Die Warnungen Monroes blieben zunächst rhetorischer Natur, da die Vereinigten Staaten zu diesem Zeitpunkt noch nicht über die militärischen und ökonomischen Fähigkeiten verfügten, sie tatsächlich durchzusetzen. Entsprechend entwickelte sich diese politische Leitlinie mit dem Aufstieg der USA zur Weltmacht weiter, sodass sie zu Beginn des 20. Jahr-

hunderts zu einem faktisch exklusiven Machtanspruch auf Lateinamerika ausgeweitet wurde. Dieser umfasste die Regulierung von Konflikten zwischen und innerhalb der dortigen Staaten und deren Auseinandersetzungen mit außerkontinentalen Mächten. In dieser Form blieb die Monroe-Doktrin trotz gradueller Unterschiede in Intensität und Ausgestaltung bis in die 1980er-Jahre ein zentraler Orientierungspunkt der amerikanischen Außenpolitik.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem damit vermeintlich einhergehenden Status als einzige verbliebene Supermacht schien Lateinamerika an strategischer Bedeutung für die USA zu verlieren. Nicht umsonst erklärte der damalige US-Außenminister John Kerry im Jahr 2013 die Monroe-Doktrin für tot. Diese Einschätzung erwies sich als voreilig, da seitdem der ökonomische Einfluss

einer neuen, diesmal nicht europäischen Macht in der Region stetig gewachsen ist: der Volksrepublik China.

Dies wird deutlich am Beispiel Venezuelas. Seit 1999 hat sich das Land zu einem wichtigen regionalen Handelspartner Pekings entwickelt. Aufgrund des strukturell-wirtschaftlichen und institutionellen Versagens der Regimes wurde Venezuela zunehmend vom Erdölhandel mit China und chinesischen Krediten abhängig. Unter der Trump-Administration wurde diese Entwicklung nun unterbrochen: So wurde nicht nur der amtierende Präsident Nicolás Maduro durch einen gezielten Einsatz US-amerikanischer Spezialkräfte gefangengenommen und in die USA entführt, sondern zugleich mit der aktuell geschäftsführenden Präsidentin Delcy Rodríguez ein Abkommen geschlossen, wonach das venezolanische Regime künftig zentralen Forderungen Washingtons und nicht Pekings nachkommen sollte.

Selbstschutz als Doktrin der EU

Die gegenwärtige Interpretation der Monroe-Doktrin verweist auf eine konstante Logik der Machtprojektion der USA, in deren Rahmen bestimmte Regionen dauerhaft als Teil der eigenen Sicherheitsarchitektur begriffen werden. Daher erscheint es geboten, dass Europa angesichts des wachsenden strategischen Voranschreitens durch China, Russland und inzwischen auch die USA eine eigenständige sicherheitspolitische Doktrin entwickelt, die sich gegen derartige Eingriffe wappnet und den Anspruch strategischer Autonomie unterstreicht. Eine solche Doktrin muss jedoch durch entsprechende ökonomische sowie militärische Fähigkeiten glaubhaft untermauert werden. Dies ist derzeit nur eingeschränkt der Fall und stellt daher ein erhebliches Risiko für Europa dar.



Die Donroe-Doktrin ist eine Wortneuschöpfung, die sich aus der Verbindung mit dem US-Präsidenten Monroe und Donald Trump ergibt.